

31. März 2005, Neue Zürcher Zeitung

Calmy-Rey im Armenhaus der Türkei

Noch unerfüllte Reformen im Bereich der Menschenrechte

Bundesrätin Calmy-Rey hat an ihrem zweiten Besuchstag die kurdische Metropole Diyarbakir besucht. Die Rechte der kurdischen Minderheit und der Frauen, welche in dieser Region oft mit Füßen getreten werden, standen im Zentrum der Gespräche.

it. Diyarbakir, 30. März

Dem Bürgermeister der südostanatolischen, hauptsächlich von Kurden bewohnten Grossstadt Diyarbakir, Osman Baydemir, schwebt vor, seine Stadt im Grenzdreieck zwischen der Türkei, Syrien und dem Irak zu einem multikulturellen Handelszentrum zu entwickeln. Diyarbakir wäre dazu prädestiniert, erklärte er am Mittwoch Bundesrätin Calmy-Rey. Nach den traumatischen Erfahrungen des Kriegs im letzten Jahrzehnt hätte man hier grosse Fortschritte erzielt. Die Türkei wolle einerseits Teil der Europäischen Union werden, und andererseits hätte die bewaffnete, kurdische Opposition die Waffen niedergelegt.

PKK zur Terrororganisation erklären?

Baydemir hatte während des Kriegs zwischen 1984 und 1999 als Mitglied des Menschenrechtsvereins die Aushöhlung der zivilen Rechte und Freiheiten, die ständigen Verfolgungen, die Vertreibungen aus den Dörfern und den Tod aus nächster Nähe erlebt. Als Bürgermeister ist er nun um die Erhaltung des Friedensprozesses besorgt. Wie kann die Schweiz dazu beitragen, dass der noch fragile Frieden erhalten bleibt, fragten sich seine engsten Mitarbeiter.

Fünfzehn Jahre dauerte der Krieg zwischen der türkischen Armee und der Guerilla der Kurdischen Arbeiterpartei (PKK). Er hat über 35 000 Menschen das Leben gekostet und die Wirtschaft der Region zugrunde gerichtet. Rund 3000 Dörfer wurden zerstört und über eineinhalb Millionen Personen aus ihrer Heimat vertrieben. Die Angst vor dem Krieg lähmt die Stadt noch immer. Die anwesenden, lokalen Journalisten erzählten, dass in der Umgebung von Diyarbakir gegenwärtig erneut bewaffnete Operationen zwischen der türkischen Armee und der PKK ausgebrochen seien.

Die PKK bildete ein Gesprächsthema auch am Treffen zwischen Bundesrätin Calmy-Rey und ihrem Amtskollegen Abdullah Gül am späten Dienstagabend in Ankara. Abdullah Gül wünschte offenbar, dass die Schweiz die PKK offiziell zu einer Terrorgruppe erkläre, was die Schweizer Gäste allerdings ablehnten.

Besuch im Frauen-Zentrum

Diyarbakir ist seit der Kriegszeit eine Stadt der Geheimdienste. Bundesrätin Calmy-Rey wurde vom Gemeinderat bis zum Gebäude des Frauen-Zentrums (KA-MER) von einem riesigen Konvoi von Sicherheitsleuten begleitet. KA-MER war 1997 gegründet worden mit dem Ziel, Frauen vor Gewalt zu schützen. Wie KA-MER-Vorsitzende Nebahat Akkoc bei einem früheren Treffen erklärte, hatte der Krieg nämlich jenes Umfeld geschaffen, in dem die Gewalt allgemein, aber insbesondere gegen Frauen gedeihe. Die berüchtigten «Ehrenmorde» haben sich nach Ausbruch des Kriegs in Südostanatolien beispielsweise vervielfacht. Bei den Ehrenmorden werden in der Regel Frauen von ihren Verwandten getötet, weil sie angeblich mit ihrem Verhalten die Ehre der Familie beschmutzt hätten. Neben den Ehrenmorden sei in der Region aber ganz allgemein die physische und psychische Gewalt gegen Frauen hoch, meinte Akkoc.

Akkoc ist selber ein Opfer des Kriegs, ihr Ehemann wurde von Unbekannten ermordet und sie selber aus der Heimat vertrieben. Nach der Gründung von KA-MER hat sie in mehreren Städten Ostanatoliens Häuser für missbrauchte Frauen aufgebaut. Dafür geniesst sie heute hohes Ansehen

und viel Unterstützung unter den ausländischen Botschaften in Ankara. Dank der Hilfe der Schweizer Botschaft wurde in Diyarbakir beispielsweise ein Kindergarten errichtet.

Weiter Weg zur Umsetzung der Reformen

Wegen des Kriegs sei die Region zurückgeblieben, erklärte bei einer abschliessenden Pressekonferenz Bundesrätin Calmy-Rey. Es gebe eine unübersehbare wirtschaftliche Kluft, die überwunden werden müsse. Diese Regierung habe viel im Bereich der Menschenrechte getan, fuhr Calmy-Rey fort. Noch müssten aber die Reformen im Hinblick auf die Meinungsfreiheit, den Schutz der Frauen oder der Minderheitenrechte umgesetzt werden. Der Hinweis Calmy-Reys auf die Reformen löste unter der Gruppe der lokalen Journalisten zynische Bemerkungen aus. Laut den Reformen hätten die Kurden das Recht auf ein kurdisches Radio und Fernsehen, sagte der Vertreter des lokalen Radio- und TV-Senders Gün, Adnan Bilen. Sein Unternehmen habe vor über einem Jahr die Erlaubnis für kurdische Programme beantragt. Bisher seien aber nur Musikprogramme sowie Werbung auf Kurdisch erlaubt worden. Eine lokale Journalistin machte sich über die Zulassung des kurdischen Unterrichts lustig. Ein Jahr nach der Zulassung in der Millionenstadt Diyarbakir gebe es eine einzige Privatschule, der es erlaubt ist, in kurdischer Sprache zu unterrichten.

Diesen Artikel finden Sie auf NZZ Online unter: <http://www.nzz.ch/2005/03/31/il/articleCP70D.html>

Copyright © Neue Zürcher Zeitung AG